Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 41 (1994)
Heft: 1-2

Rubrik: Kantone = Cantons = Cantoni

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

AARGAU

Der Koordinierte Sanitätsdienst im Kanton Aargau

Enge Zusammenarbeit wird geschult

Das Zusammenführen und Vernetzen aller sanitätsdienstlichen Führungselemente ist das Ziel der Arbeitsequipe «Koordinierter Sanitätsdienst» der Abteilung Zivile Verteidigung des Aargauer kantonalen Amtes für Bevölkerungsschutz. Im November wurden ebenso informative wie arbeitsintensive KSD-Rapporte durchgeführt, an denen sich vor allem Zivilschutz-Dienstchefs des Sanitätsdienstes beteiligten.

EDUARD REINMANN

Wie Ausbildungschef Werner Bolliger einleitend betonte, ist es gerade für ZSO-Angehörige wichtig, die gegenseitigen Aufgaben zu kennen und zudem die persönlichen Kontakte zu pflegen. Bolliger rief die KSD-Grundsatzerklärung in Erinnerung, die lautet: «Der Koordinierte Sanitätsdienst ist der jederzeit mögliche Einsatz der personellen, materiellen und orientierungsmässigen Mittel der Partner zur bestmöglichen Behandlung und Pflege der Patienten.» Im Block «Information» rief Dr. Martin Vögtli, Chef des Amtes für zivile Verteidigung, die Partner des KSD in Erinnerung. Als solche sind zu nennen: Der Kanton, der für das öffentliche Gesundheitswesen verantwortlich ist und die Basisspitäler betreibt; der Zivilschutz, der die unterirdischen Anlagen wie Sanitätshilfsstellen und Sanitätsposten betreibt; der Armeesanitätsdienst, der das zivile Gesundheitswesen unterstützt und vervollständigt; private Organisationen wie der Schweizerische Samariterbund, welche die anderen Partner unterstützen.

Pflichtenhefte angepasst

Für die einzelnen Funktionen hatte die KSD-Arbeitsequipe detaillierte Pflichtenhefte ausgearbeitet, die einander in der Gestaltung angeglichen und aufeinander abgestimmt sind. In eingehender Diskussion wurden diese durchbesprochen und allfällige Unklarheiten bereinigt. Pflichtenhefte gibt es für folgende Funktionen:

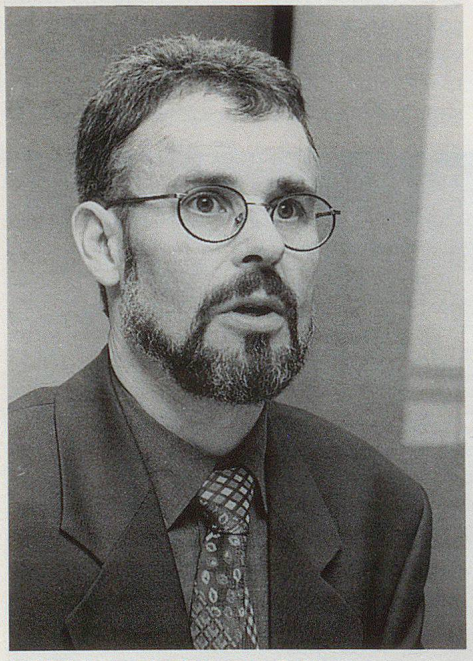
– Chef sanitätsdienstlicher Raum im Regionalen Führungsstab (RFS). Dieser ist dem Chef RFS taktisch und der Sektion Gesundheitswesen im Kantonalen Führungsstab (KFS) fachtechnisch unterstellt.
– Dienstchef Sanität im Regionalen Führungsstab. Dieser ist dem Chef RFS taktisch und der Sektion Gesundheitswesen im KFS fachtechnisch unterstellt.
– Leiter Basisspital. Er ist der Sektion Gesundheitswesen im KFS taktisch und fachtechnisch unterstellt.
– Dienstchef Sanitätsdienst in der ZSO. Dieser ist dem Chef ZSO unterstellt.
– Chef Sanitätshilfsstellen-Detachement. Er ist dem Chef ZSO taktisch und dem DC San ZSO fachtechnisch unterstellt.
– Chef Sanitätspostenzug. Er ist dem Chef ZSO taktisch und dem DC San ZSO fachtechnisch unterstellt.

In den Pflichtenheften sind weiter die Aufträge sowohl in der Vorbereitung als auch im Einsatz genau festgelegt. Auch ist der Standort des jeweiligen Chefs bestimmt sowie die personelle Zuweisung, mit der die Zusammenarbeit geregelt wird.

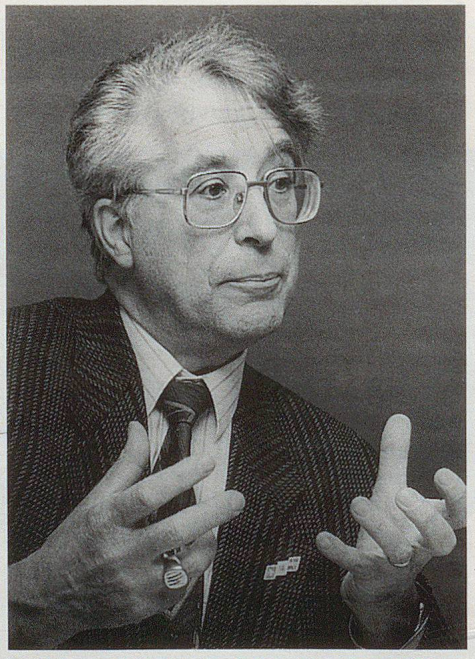
Reduzierter Bedarf an Patientenplätzen

Auf den neuesten Stand gebracht wurde das sanitätsdienstliche Dispositiv. Diese Massnahme erwies sich als notwendig, nachdem die zur Verfügung zu stellenden Patientenplätze von bisher 2 auf 1,5 Prozent der Gesamtbevölkerung herabgesetzt wurde. Für den Kanton Aargau mit seinen 520 000 Einwohnern bedeutet dies, dass noch Patientenplätze für 7800 Personen bereitgestellt sein müssen. Damit ist der Realisierungsbedarf mit einem Schlag stark abgesunken, und die Zuteilungen müssen teilweise anders vorgenommen werden.

Ein weiterer Arbeitsbereich der KSD-Arbeitsequipe galt der Bestimmung der privilegierten öffentlichen und privaten Krankenhäuser. Das Wort «privilegiert» ist ein KSD-Ausdruck. Gemeint ist damit ein öffentliches oder privates Krankenhaus, dessen Personal in dem Umfang von der Militärdienstpflicht oder Schutzdienstpflicht befreit oder dispensiert wird, damit vom



Ausbildungschef Werner Bolliger: «Zusammenführen aller sanitätsdienstlichen Führungselemente.»



Dr. Martin Vögtli, Chef der Abteilung Zivile Verteidigung: «Enge Zusammenarbeit ist gefragt.»

Ursula Güttinger, Instruktorin San D, informierte über die Neugliederung im Sanitätsdienst der ZSO.

FOTOS: E. REINMANN

Krankenhaus die Endbehandlungsfunktion in allen strategischen Fällen erfüllt werden kann. Man kennt drei Privilegierungs-Kategorien.
Kategorie 1: Öffentliche und private Krankenhäuser, die vom Kanton als Basisspital bezeichnet sind und mit ihrem Personal ein Basisspital betreiben.
Kategorie 2: Öffentliche und private Krankenhäuser, die vom Kanton dafür bestimmt sind, mit ihrem Personal dasjenige eines Basisspitals zu verstärken. Eventuell Übernahme von Spezialaufgaben.
Kategorie 3: Kliniken und Heime, die vom Kanton dazu ausgewählt sind, auch nach dem Bezug der Schutzräume mit einem minimalen Personalbestand oberirdisch oder in ihren Schutzräumen einen eingeschränkten medizinischen Betrieb weiterzuführen. Mit dem für einen eingeschränkten Betrieb nicht benötigten Personal wird das Personal eines Basisspitals verstärkt.

Sanitätsdienstliches Meldewesen

Bei einem Massenanfall von Patienten ist Koordination oberstes Gebot. Diese wiederum ist nur möglich bei einem gut funktionierenden Nachrichtenfluss. Im Kanton Aargau wurde deshalb – gestützt auf die vom Bund vorgegebenen Richtlinien – ein sanitätsdienstliches Meldeschema erarbeitet. Darin sind die Melde-Fixzeiten ebenso festgelegt wie die Meldewege und die Führungsstrukturen.
Die tägliche sanitätsdienstliche Meldung gibt Auskunft über die sanitätsdienstliche Lage um 13 Uhr in den Basisspitälern und den Anlagen der sanitätsdienstlichen Zwischenstufe, das heisst der Sanitätshilfsstellen und Sanitätsposten. Dabei werden Informationen erfasst über Einrichtungen und Patientenplätze, das Personal (Ist- und Sollzustand), die Kapazitäten an Sanitätsmaterial mit Mangellagen, Engpässen bzw. Vorräten, den Gesundheitszustand des Personals und der Zivilbevölkerung sowie Anträge und Begehren. Gestützt auf diese Informationen lassen sich die vorhandenen Anlagen optimal nutzen, und es kann bei Bedarf ein Patienten- und Materialaustausch vorgenommen werden.
Ganz generell gewann man an diesen KSD-Rapporten den Eindruck, dass der Kanton Aargau in der Zusammenführung der Partner des Koordinierten Sanitätsdienstes sehr weit fortgeschritten ist und seine Massnahmen auf klare Strukturen abstützt. Auf dem Tisch liegt auch ein kantonales Katastrophenbewältigungskonzept, das aus dem Unglück von Stein-Säkkingen und der Katastrophenübung «Herbstzeitlose» im Jahr 1990 hervorgegangen ist. «Zivilschutz» wird in der Ausgabe 3/94 darüber berichten. ▲

BERN

Verband bernischer Zivilschutzstellenleiter

Immer aktuell: Frau und Sicherheit

«Wer informiert ist, ist auch handlungsfähig», sagte Christa Schweizer von der Fachgruppe Frau und Sicherheit vor dem Verband bernischer Zivilschutzstellenleiter und informierte die in grosser Zahl anwesenden Frauen über sicherheitspolitische Belange.

SYLVIA BAUMANN-LERCH

«Sicherheit sagt mir zwar viel, aber nicht eigentlich im Zusammenhang mit Politik». Diese von einer Veranstaltungsteilnehmerin geäusserte Bemerkung machte gleich am Anfang deutlich, dass der Begriff «Sicherheit» nicht für alle Leute dieselbe Bedeutung hat. Männer und Frauen, Junge und Alte hätten unterschiedliche Sicherheitsvorstellungen, wurde festgestellt. Die Sicherheitsbedürfnisse der Frauen beispielsweise lägen noch immer eher im nahen persönlichen Umfeld, dieweil Männer den Rahmen in der Regel weiter steckten.

Berührungsängste

In der Diskussion waren sich alle Anwesenden – auch die fünf Herren – einig, dass Frauen genauso fähig sind wie Männer, verantwortungsvolle Aufgaben wahrzunehmen. Zur Frage der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, wurden jedoch Fragezeichen gemacht. Allzuoft verzichteten Frauen nämlich wegen Berührungsängsten, mangelndem Selbstvertrauen oder aber mangels Unterstützung durch den (Ehe-)Partner auf Schritte in diese Richtung. Stattdessen übernähmen sie Aufgaben im Wohltätigkeitsbereich, was einer «Pflästerli-Taktik» gleichkomme, denn man rede sich ein, auf diese Weise «ja auch etwas für die Allgemeinheit zu tun».

Mitarbeit wichtig

Christa Schweizer betonte, Frauen müssten sich vor Augen halten, dass im Zusammenhang mit der Gleichberechtigung von Mann und Frau vermehrt auch an Pflichten gedacht werden müsse, und zwar auch

FOTO: S. BAUMANN

Fachgruppen-Leiterin Christa Schweizer.

an solche, die für Frauen nicht gesetzlich verankert seien. Sie rief die Betreuerinnen der Zivilschutzstellen auf, als Multiplikatorinnen zu wirken, indem sie in ihrem Wirkungskreis verbreiteten, wie wichtig weibliche Mitarbeit im Bereich der Sicherheitspolitik sei. Denn nur wer über das Zusammenspiel der einzelnen Institutionen informiert sei, könne bei Bedarf auch handeln – gerade für Frauen mit Familie müsse Sicherheit und ein entsprechendes Engagement ein wichtiges Thema sein, argumentierte Christa Schweizer.
Sie empfahl den Einstieg auf der untersten Stufe, «im überblickbaren Rahmen» – beispielsweise in entsprechenden Gemeindekommissionen. Oder aber in demjenigen Gesamtverteidigungszweig, «welcher vor der Haustüre ein Tätigungsfeld anbietet», im Zivilschutz. ▲

Aktivitäten der SIFRA

Die Fachgruppe «Frau und Sicherheitspolitik», abgekürzt SIFRA, ist ein fachtechnisches Koordinations- und Beratungsorgan des Berner Regierungsrats, des kantonalen Führungsstabs, der Polizei- und Militärdirektion und der Zentralstelle für Katastrophenhilfe und Gesamtverteidigung. Sie hat den Auftrag, Probleme im Zusammenhang mit der Dienstleistung von Frauen in den Institutionen der Sicherheitspolitik aufzuzeigen und Lösungen vorzuschlagen. Die SIFRA hat es sich überdies zur Aufgabe gemacht, bei Frauenverbänden, Schulen usw. über die schweizerische Sicherheitspolitik zu orientieren. Ganz allgemein versucht die Fachgruppe, Frauen für die Übernahme von Funktionen in den Organen der zivilen Führungsstäbe und/oder in der Katastrophenhilfe und Gesamtverteidigung zu motivieren. Interessentinnen werden von der SIFRA auch auf bestimmte Aufgaben vorbereitet, zudem werden sie auf Wunsch begleitet und unterstützt.

Leiterin der Fachgruppe SIFRA ist Christa Schweizer-Toggenburger (031 771 19 30). Das Sekretariat wird von Silvia Zürcher (031 634 86 11) geführt.

Vortrag von Sigisbert Lutz über das Dauerproblem Migration

Ausländerpolitik, eine Gratwanderung

Im Zusammenhang mit der nicht abklingen wollenden Migrationswelle gelte es vorab, die Ausgewogenheit zwischen schweizerischer und ausländischer Bevölkerung zu erhalten, sagte Sigisbert Lutz, Vizepräsident der Eidgenössischen Ausländerkommission (EKA) in einem Referat vor dem Zivilschutzverband Bern-Mittelland.

SYLVIA BAUMANN-LERCH

Die EKA, eine ausserparlamentarische Kommission mit einem fünfköpfigen vollamtlichen Sekretariat, ist zuständig für denjenigen Teil der Ausländer, welcher nicht ständig in den Schlagzeilen der Medien erscheint – für die nämlich, welche nicht als Flüchtlinge oder Asylbewerber in unser Land eingereist sind. Man ist sich dessen kaum bewusst, aber diese Gruppe stellt den absoluten Löwenanteil dar: Von rund 1,3 Millionen Ausländern mit festem Wohnsitz in der Schweiz sind «nur» 32 000 Asylbewerber.

Ausländerzahl auch früher hoch

Sigisbert Lutz erinnerte in seinem Referat daran, dass vor 80 Jahren bereits einmal 15% der Wohnbevölkerung Ausländer waren. Der Anteil sank in der Folge kontinuierlich und erreichte 1941 den Tiefpunkt von 5%. 1974 war die Zahl bereits wieder auf rund 17% hochgeklettert. Heute haben (Saisonniers und Grenzgänger nicht eingerechnet) knapp 18% der Bevölkerung einen ausländischen Pass. Die Schweiz weist heute, nach Luxemburg, den zweithöchsten prozentualen Ausländeranteil aus. «Wir Schweizer haben längstens gelernt, mit einem hohen Anteil an Ausländern zusammenzuleben», stellte Lutz fest; schliesslich habe man von dieser Situation auch viel profitiert – wirtschaftlich, kulturell, gesellschaftlich und auch menschlich.

Andere Leute, neue Probleme

Die Attraktivität der Schweiz als Einwanderungsland ist also nicht neu. Geändert hat aber, wie Lutz erläuterte, die Struktur der sich in der Schweiz aufhaltenden Ausländer – und damit sei auch das Spektrum der kulturellen Unterschiede grösser sowie die Probleme anders geworden. Neueren Datums ist, laut Lutz, vor allem der Zustrom von Portugiesen, Türken und Ex-Jugoslawen, mit zum Teil Leuten, welche sich, nicht zuletzt wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer anderen Religion, relativ schwer integrieren liessen.

Integrationshilfe

Dieweil bei Flüchtlingen und Asylbewerbern eine recht weit gehende Betreuung notwendig ist, braucht es für die «gewöhnlichen» Ausländer ganz einfach eine Stelle, die Integrationshilfe vermittelt. Die ist denn auch eine der Hauptaufgaben der EKA, die sich unter anderem bemüht, keine Ausländergettos entstehen zu lassen, wie dies in etlichen europäischen Städten der Fall ist. Der für die Integrationspolitik verantwortlichen EKA stehen, wie Lutz berichtete, allerdings kaum finanzielle Mittel zur Verfügung – im Gegensatz zu den Asylbewerberorganisationen, welche «gewaltige Summen» aufwenden.

Leute aus EG und Efta-Staaten

Der EKA-Vizepräsident hielt ausdrücklich fest, trotz der verbreiteten Arbeitslosigkeit sei ein Bedarf an Arbeitskräften vorhanden. In diesem Zusammenhang betonte er, Ausländerpolitik bedeute auch, dafür zu sorgen, dass Leute für Lücken in bestimmten Berufszweigen rekrutiert würden. Sigisbert Lutz erklärte, der Spielraum für den freien Personenverkehr sei nach dem Volksnein zum EWR vor einem Jahr enger geworden: «Es gibt keine multilaterale Plattform mehr, um im Ausländerbereich zu verhandeln», sagte er – Gegenrechte müssten mit jedem Land einzeln ausgehandelt werden. Laut Lutz wird jedoch längerfristig im westeuropäischen Raum eine vollständig EG-konforme arbeitsmarktliche Freizügigkeit angestrebt. Die Liberalisierung erfordert eine Kontingentierung für Leute aus USA, Kanada, Australien und Neuseeland. Erst in dritter Linie schliesslich will man Arbeitskräfte aus nicht traditionellen Einwanderungsgebieten berücksichtigen, es sei denn, es lägen arbeitsmarktliche, handelspolitische oder humanitäre Gründe vor.

Wann ist das Boot voll?

Aus Lutz's Ausführungen wurde deutlich, dass sich die Bereiche ausländische Arbeitskräfte/Flüchtlinge nicht strikt voneinander trennen lassen. Eine Koordination sei insofern wichtig, als die Schweiz aus Kapazitätsgründen weder ein eigentliches Einwanderungsland sei, noch je werden könne, sagte er. Im Bestreben um eine globale Migrationspolitik, vor allem hinsichtlich einer Neukonzeption des Migrations- und Ausländerrechts, klafften aber die Zielvorstellungen weit auseinander – zwischen rigoroser Anwendung des Asylgesetzes, grosszügiger Zulassung von Flüchtlingen und der schrankenlosen Zulassung von auslsändischen Arbeitskräften werde bekanntlich alles gefordert. Auf die Frage, wie voll das Boot denn eigentlich sei, erwiderte Lutz, er glaube, die Grenze sei nicht absolut festlegbar, sondern vielmehr psychologischer Natur.

Perspektiven

Bezüglich Massnahmen zur Reduktion der «Wanderung», sei die Zusammenarbeit mit anderen Ländern unvermeidbar, erklärte Sigisbert Lutz. Insbesondere gelte es, mit den Herkunftsländern von Auswanderern Kontakte zu pflegen. Als überhaupt einzige Chance bezeichnete Lutz die aktive Mithilfe bei der (teuren) Problemlösung in Staaten mit unstabilen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen.
«Ausländer- wie Asylpolitik ist eine ständige Gratwanderung mit gefährlichen Klippen», stellte der Referent fest und erwähnte, viel politisches Feingefühl sei erforderlich, wolle man nicht abstürzen. Als besonders wichtiges Ziel seiner Kommission bezeichnete Lutz das Erhalten eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen schweizerischer und ausländischer Bevölkerung. Bisher, fand Sigisbert Lutz letztlich, sei es der Schweiz immer gelungen, die Ausländer in die Gesellschaft zu integrieren. Verbandspräsident Jürg Römer erinnerte abschliessend an die Situation im letzten Jahrhundert: Damals wanderten viele Schweizer aus – als Wirtschaftsflüchtlinge ...

Amt für Zivilschutz des Kantons Bern

Zivilschutz 95 und die Zeit danach

Im Kantonalen Ausbildungszentrum Lyss/Kappelen fand der Schlussrapport des Kantonalen Amtes für Zivilschutz im vorweihnachtlichen Rahmen statt. Mit der «Zeit danach» befasste sich der dieses Jahr in Pension gehende Vorsteher Franz Reist.

HELGA RÖLKE

Mitte 1994 wird Franz Reist in Pension gehen. Die Zukunft des Zivilschutzes wird ihm aber auch über diesen Zeitpunkt hinaus am Herzen liegen. Das wurde aus seinem Referat deutlich. Der Zeit vorauszu-

schauen, Veränderungen frühzeitig zu erkennen, das sei die Pflicht von allen, die Führungsverantwortung tragen würden, hielt er fest. Ereignisse, wie der Krieg im ehemaligen Jugoslawien und die Machtkämpfe nach dem Auseinanderfallen der Sowjetunion, hätten eine neue Bedrohung durch Instabilität geschaffen. Dazu käme, neben den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, eine ganz andere Bedrohungsform durch Kriminalität, Drogen, Rassismus und mafiaähnliche Organisationen. Im sich aufdrängenden Verbund aller Mittel, die sich zur Sicherheit der Bevölkerung aufdrängten, könne der Zivilschutz einen wichtigen Beitrag leisten. Nach der Umstellung auf das neue Leitbild 95 sei der «Zeit danach» vor allem bei der Ausbildung Beachtung zu schenken. Die Ausbildung im Zivilschutz als «Erwachsenenausbildung» mit zeitgemässen Führungs- und Ausbildungsmethoden, sei die grösste Herausforderung, die uns in der Zeit danach erwarte, ist Reist überzeugt. «Doch der Schritt vom Kämpfer zum Retter, getragen von der vollen Überzeugung, eine neue wichtige Aufgabe zu übernehmen, ist bei vielen noch zaghaft. Hier tragen wir alle persönlich eine Mitverantwortung, die wir nicht an andere delegieren können», fasste der Redner zusammen.

Rückblicke – Ausblicke

Der Militärdirektor des Kantons Bern, Regierungsrat Peter Widmer, gab einen Überblick über die nun seit Januar 1993 in der Polizei- und Militärdirektion (POM) vereinigten sechs Ämter. Im Polizeicorps sei die Revision des Führungs- und Weiterbildungskonzeptes sowie die Einführung technischer Neuerungen nahezu abgeschlossen. Grössere Bürgernähe und die Sicherheit der Bevölkerung hätten Priorität im neuen Konzept. Trotz vermehrter Information sei es aber nicht gelungen, alle Ängste und Vorbehalte gegenüber den Neuerungen abzubauen. Im Amt für Zivilschutz seien die gesteckten Ziele für das Leitbild 95 erreicht. Die Zusammenarbeit mit den übrigen Einsatzdiensten hätten in Katastrophenfällen wie beim Sturm Vivian oder der Überschwemmung in Brig ihre Feuertaufe hinter sich und würde weiter koordiniert. Die Devise 94 laute: «Information – Kommunikation – Agieren!» In allen Bereichen gelte es, vermehrt auf professioneller Ebene aufzuklären.

Mutationen

Neu im Amt sind seit 1. Februar 1993 der Übersetzer Jean-Dominique Ducret sowie die Instruktoren Urs Hofer (ab 1. März 1993) und Hans-Peter Burri (ab 1. Mai 1993). In Pension gingen der Übersetzer Samuel Aeschlimann, Kurt Mäusli, Hermann Zahnd und Elisabeth Skonnord. Kreisinstruktor Dominik Wälti, der in die Privatwirtschaft zurückgeht, hat seinen Austritt erklärt. Vier Mitglieder wurden für 20 Jahre, ein Mitglied für 25 Jahre Zugehörigkeit zum Zivilschutz geehrt.

Ausklang

Humorvoll und von tiefem Verständnis für «seine» Oberländer Bergbauern geprägt war der Dia-Vortrag von Altlehrer Ernst Ruch aus Achseten. Nach einem Nachtessen bei Kerzenlicht endete der Abend bei Unterhaltung mit Sketchs und Zaubereien als kleines Dankeschön für den letzten Jahresschlussrapport unter der Leitung von Franz Reist.

GLARUS

Viel Vertrauen wurde geweckt

Armeeangehörige schnupperten ZS-Luft

Rund 800 Soldaten des Festungs-Regiments 20 kamen im November in hautnahen Kontakt mit dem Zivilschutz. Das kantonale Amt für Zivilschutz (KAZS) hatte sich bereiterklärt, den Armeeangehörigen während ihres Wiederholungskurses einen Einblick in die Organisation des Zivilschutzes zu bieten.

MADELEINE KUHN-BAER

«Sie alle rücken acht Jahre näher zum Zivilschutz», sagte KAZS-Chef Adrian Kleiner in seinen Begrüssungsworten im Ausbildungsplatz Wyden oberhalb von Glarus. Damit war auch bereits die Ausrichtung der Vorstellung klar: Zivilschutz 95.
Wie Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Armee und Zivilschutz in der Praxis aussehen, konnten die Armeeangehörigen anschliessend in einer Postenarbeit erleben. Sie lernten den Zivilschutz in der Gemeinde kennen (inklusive Infrastruktur) und bekamen einen Einblick in die neue Zivilschutzausbildung.
Selber Hand anlegen konnten sie bei einem Einsatzbeispiel auf dem Trümmerfeld, wo eine Fluchtröhre und ein Notausstieg freizulegen waren. Ebenfalls selbständiges Arbeiten war beim Parcours «Lebensrettende Sofortmassnahmen» gefragt.
Nach einer Pause folgte die Verschiebung nach Näfels, wo Kommandoposten, Bereitstellungsanlage, Sanitätshilfsstelle und öffentliche Schutzräume zu besichtigen waren.
Die Präsentationen stiessen bei den Armeeangehörigen insgesamt auf ein gutes Echo. «Im Ernstfall sorgt der Zivilschutz für Ihre Angehörigen, da braucht es Vertrauen von Ihrer Seite», hatte Kleiner zu Beginn der jeweils halbtägigen Einführung betont. Mit der Vorstellung durch das KAZS dürfte dieses Vertrauen gewachsen sein.

GRAUBÜNDEN

SZSV-Sektion Graubünden

Weiterbildung auf freiwilliger Basis

Die Sektion Graubünden des Schweizerischen Zivilschutzverbandes hat zur Teilnahme am zweiten Forum für Zivilschutz eingeladen. Über 30 interessierte Teilnehmer fanden sich am 6. November 1993 im Zivilschutz-Ausbildungszentrum Meiersboden in Chur ein. Sie alle waren gespannt auf aktuelle Informationen und neue Ideen zu den Themen Einteilungsrapporte, Tag der offenen Tür oder Schutzdienste.

HANS-RUDOLF HÄSLER

Die Tagung wurde vom Vorstand der Sektion Graubünden organisiert und vom Kantonalpräsidenten Martin Rüegg, Davos, geleitet. Er informierte auch über die Grundsätze der Durchführung eines Tages der offenen Tür. Roland Frischknecht, OC der Stadt Chur, zeigte anhand von Beispielen aus seiner ZSO die Organisation und Durchführung von Rapporten auf. Für die Themen Bevölkerungsschutz, Kulturgüterschutz und Betreuungsdienst, zeichnete Asbjörn Sjursen, Ausbildungschef im Amt für Zivilschutz und Katastrophenhilfe GR

(AZK), verantwortlich. Unterstützt wurde er von Mitarbeitern aus seiner Abteilung.

Tag der offenen Tür

Über Erfolg oder Misserfolg entscheiden, gemäss Martin Rüegg, einige wenige wichtige Punkte. So ist bei einem solchen Anlass ein zusätzliches Thema zwingend nötig. Es könnte den Besuchern zum Beispiel der Sanitätsdienst, der Kulturgüterschutz oder ein anderer Dienst vorgestellt werden. Auch geht es nicht ohne angemessene Werbung. In diesem Zusammenhang wurde speziell auf die Unterstützung durch das Bundesamt für Zivilschutz verwiesen, welches umfangreiches Material zur Verfügung stellen kann. Sollten bei der Planung die finanziellen Mittel das grösste Hindernis sein, kann die Sektion Graubünden des SZSV ebenfalls einen Beitrag leisten.

Rapporte

Die Zivilschutzreform 95 sieht obligatorische Einteilungsrapporte vor. Im Kanton Graubünden werden diese bereits nächstes Jahr regional durchgeführt. Die Federführung liegt beim AZK, die Einteilungsgespräche führen die Chefs der Zivilschutzorganisationen.

Schutzdienste

Unter diesem Titel interessierten die Neuerungen gemäss Zivilschutzleitbild 95. Der Betreuungsdienst wird in Graubünden vorerst eine reine Kaderorganisation. Ein Dienstchef pro Zivilschutzstab soll die Behörde bezüglich der Unterbringung von Flüchtlingen beraten. Ein Frage- und Antwortspiel über den Kulturgüterschutz zeigte auf, dass der Zivilschutz noch viel Arbeit leisten muss, um den hohen Erwartungen in den Gemeinden gerecht zu werden. ▲

LUZERN

Tony Meyers letzter Unterhaltungsabend

Eine Ära neigt sich dem Ende entgegen

Seit 1971 ist Tony Meyer Ausbildungschef der Region West im Kanton Luzern. Im Jahr 1995 geht er in Pension. Den Zivilschutz hat er praktisch aus dem Nichts aufgebaut und dabei auch ein Umfeld der Kameradschaft und Zusammengehörigkeit geschaffen. Das zeigte sich einmal mehr am 20. und letzten Unterhaltungsabend in Schötz, dem ein Riesenerfolg beschieden war.

EDUARD REINMANN

Der 300 Personen fassende Saal des Gasthauses St. Mauritz war bis auf den letzten Platz besetzt. Rund 40 Angemeldete hatten gar abgewiesen werden müssen. Viel Prominenz war zugegen, angefangen bei Regierungsrat Ulrich Fässler bis zu Grossräten und Gemeinderäten. Und als treuer Gast war auch Divisionär Ernst Honegger, Tony Meyers ehemaliger Waffenchef der Übermittlungstruppen, wieder dabei.
Schon während seiner 15jährigen militärischen Laufbahn als Instruktionsoffizier habe er zwecks Förderung der Kameradschaft Festlichkeiten organisiert, hielt Tony Meyer Rückschau. Das habe er auch im Zivilschutz so halten wollen. Er hätte sich jedoch nie träumen lassen, dass der Unterhaltungsabend vom ersten bis zum letzten Mal ein Grosserfolg würde. Heute blicke er in grosser Freude zurück – von Wehmut keine Spur.

Auch für artistische Einlagen ist Tony Meyer jederzeit gut.

«Einfach überwältigt»

Zum erstenmal an diesem Fest dabei war Regierungsrat Ulrich Fässler, Militärdirektor des Kantons Luzern. Er sei völlig überwältigt vom Anlass, der im Kanton geradezu zur Legende geworden sei, sagte Fässler. Im Aufbau des regionalen Zentrums habe Tony Meyer hervorragende Arbeit geleistet, obwohl die Zivilschutzausbildung nicht immer ein Honiglecken sei. Als Zeichen der Anerkennung durfte Tony Meyer eine Nachbildung des Luzerner Prunksiegels aus dem Jahr 1386 in Empfang nehmen.
Tony Meyer nahm die Ehrung gelassen entgegen. Ihm war mehr daran gelegen, anderen die Ehre zu erweisen: Dem kantonalen Amtsvorsteher Franz Baumeler für

Sandsäcke
Sacs à sable
Sacchi per sabbia
Relianz AG Zürich
8906 Bonstetten
Tel. 01/700 21 33 - Fax 01/700 33 22

FOTOS: E. REINMANN

Ehrung für Hans Kunz (links) für 24jährige Instruktorentätigkeit.

nahezu lückenlosen Besuch des Kameradschaftsabends; dem Instruktor Hans Kunz für 22 Jahre unverbrüchliche Kameradschaft; Divisionär Ernst Honegger, der trotz seiner 80 Jahre wiederum den Weg nach Schötz gefunden hatte.

Unterhaltung am laufenden Band

Der Abend wurde mit Beiträgen der Musikgesellschaft Gettnau eröffnet. Dann aber galt es «ernst». Conférencier Marcel Dogor, unter dem Pseudonym Annelise Roggenmoser auftretend, nahm einige Zivilschutz-Koryphäen ganz gehörig auf die Schippe. Und beim Auftritt der Komik-Artistin «Susi de Paris» war es auch um Tony Meyer geschehen. Aber auch in dieser Rolle – mit der hübschen Susi auf den breiten Schultern – schlug er sich bravourös.

Ortschefverband des Kantons Luzern

Erwartungshaltung prägt Jahresprogramm

Der Ortschefverband des Kantons Luzern hat mit 173 Mitgliedern zwar seinen bisherigen Höchststand erreicht. An der Generalversammlung im kantonalen Ausbildungszentrum Sempach war die Beteiligung jedoch ungewöhnlich klein, was Präsident Albert Marantelli zur Bemerkung veranlasste, die Regionalisierung habe offenbar bereits insofern Früchte getragen, dass sich die Ortschefs kleinerer Gemeinden kaum mehr für die Veranstaltungen des Verbandes interessierten.

EDUARD REINMANN

Um die Verbandstätigkeit im Sinne der Mitglieder zu gestalten, hatte der OCV anlässlich der kantonalen Rapporte eine Umfrage durchgeführt, um sich über die an ihn gestellten Erwartungen ins Bild zu setzen. 26 Prozent wünschen vermehrte Unterstützung durch Politiker und möchten, dass der Verband in dieser Richtung aktiv wird. Sie erwarten zudem, dass vermehrt Öffentlichkeitsarbeit betrieben wird und dass Wege zur Imageverbesserung aufgezeigt werden. 22 Prozent erwarten die Veranstaltung von Aus- und Weiterbildungsanlässen in Führungsschulung, Stabsarbeit und Rapportführung auf allen Stufen. Für 17 Prozent sind bessere Orientierungen, frühzeitige Informationen und die Verbesserung des Erfahrungsaustausches wichtige Anliegen.

Die Verbandstätigkeit des vergangenen Jahres fand schwergewichtig auf Vorstandsebene statt. Dabei wurde sehr engagierte und auch effiziente Arbeit geleistet, von der die Mitglieder profitieren können. So gelangte der OCV mit einer Eingabe an den Regierungsrat, mit der er vermehrte Mitsprache bei der Umsetzung des neuen Leitbildes verlangte. Als Folge beteiligt er sich an der Projektorganisation, die sich mit der Reorganisation des kantonalen Amtes für Zivilschutz befasst und er war an einem zweitägigen Seminar vertreten, an dem das künftige Zivilschutzkonzept des Kantons erarbeitet wurde.

Einer der Schwerpunkte des Jahres 1994 ist eine Arbeitstagung mit dem Thema «Führungsschulung». Weiter sind gemeinsame Veranstaltungen mit dem kantonalen Zivilschutzverband und der Luftschutz-Offiziersgesellschaft vorgesehen.

Vorstand erneuert

Ihren Rücktritt aus dem Vorstand hatten Carl Joller, Inwil, Werner Hodel, Oberkirch, Peter Merz, Horw und Josef Fähndrich, Littau eingereicht. An ihrer Stelle wurden Willi Alessandri, Schüpfheim, Werner Aregger, Willisau, Anton Küng, Root und Edgar Stocker, Malters gewählt. Für eine weitere Amtsperiode bestätigt wurden Albert Marantelli (Präsident), Horw, Hansruedi Bühlmann, Hohenrain, Werner Stadelmann, Luzern, Marianne Blumer, Neuenkirch und Otto Steiner, Wikon.

Die Grüsse des Regierungsrates überbrachte alt Nationalrat Paul Fäh, Leiter der kantonalen Stabsstelle Koordination für Katastrophenhilfe und Gesamtverteidigung. In seiner gewohnt prägnanten Art betonte er, der Zivilschutz bliebe «die» Schutzorganisation für alle. Im Bereich des Katastrophenschutzes müsse er noch Lücken schliessen und entscheidend für die Führung im Zivilschutz sei die Stufe Gemeinde. Fäh meldete Zweifel am Wert von Einsatzübungen an. Wichtig sei vor allem die Stabsausbildung.

Führung ist lernbar

Im Anschluss an die Generalversammlung referierte Urs Hösli, Chef Sektion Leitung der Abteilung Ausbildung im BZS zum Thema «Führungsschulung und Stabsausbildung». In der Führung sei Können wichtiger als Wissen und das Führungsverhalten müsse situationsbezogen angewendet werden, erklärte Häsli. In der Folge kam er auf die häufigsten Führungsfehler zu sprechen, die da sind: Ungenügende Auftragsanalyse, fehlender Zeitplan, falsch gewählte Technik der Stabsarbeit, das allmähliche «Versanden» von anfänglich gut gefundenen Sofortmassnahmen und die mangelhafte Rapportführung. Im zweiten Teil seiner Ausführungen informierte Hösli über die Schwergewichte der Führungsschulung ab 1995 für Kader und Stäbe.

NIDWALDEN

Nidwalden geht bei der Umsetzung von Zivilschutz 95 eigene Wege

Bedürfnisgerechte Lösung nach Mass

Zeitgerecht die notwendigen Schritte einzuleiten, war für den Nidwaldner Regierungsrat die Handlungsmaxime, als er sich im Rahmen einer Klausurtagung im Herbst 1993 mit den anstehenden Aufgaben im Zivilschutzbereich auseinandersetzte. Das Resultat ist ein Konzept, das genau auf die kleinräumlichen Verhältnisse des Kantons zugeschnitten ist und ein Maximum an Effizienz gewährleistet.

EDUARD REINMANN

Landammann Edi Engelberger, als Regierungsrat und Militärdirektor auch zuständig für den Zivilschutz im Kanton, wies darauf hin, dass Nidwalden als erster Kanton nicht nur umsetzungsbereite Konzepte vorweisen könne, sondern dass die entsprechenden Planungs- und Umsetzungsarbeiten auf der Basis von Regierungsratsbeschlüssen bereits zeitgerecht in Angriff genommen werden konnten. Dabei habe man sich zwar an den Vorgaben des Bundes orientiert, für die Umsetzung in den überblickbaren Verhältnissen im Kanton aber massgeschneiderte Lösungen gewählt. Damit sei sichergestellt, dass der Zivilschutz seine Aufgaben als schlagkräftiger Partner der übrigen Nothilfeorganisationen wirkungsvoll erfüllen könne. «Es ist eine Lösung, die auch in der Bevölkerung ankommt», betonte Edi Engelberger.

Dezentral und ernstfalltauglich

«Wir haben uns die Hausausgabe der Neukonzeption nicht leicht gemacht», sagte der kantonale Ausbildungschef Xaver Stirnimann. «Am meisten Handlungsbedarf hat der neue Hauptauftrag der Katastrophen- und Nothilfe. Dieses Meisterstück muss uns gelingen.» Über das Vorgehen bestehen, gestützt auf die Regierungsratsbeschlüsse, klare Richtlinien.

– Durch die gestaffelte, vorzeitige Entlassung von etwa 1200 Wehrmännern aus der Armee erfolgt der Übertritt in den Zivilschutz bereits ab 1994. Es werden nur Wehrmänner eingeteilt und ausgebildet, die mindestens zehn Jahre Schutzdienst leisten. Für alle Jahrgänge mit weniger als zehn Jahren Schutzdienstpflicht erfolgt die Einteilung und Ausbildung nach Bedarf. Das betrifft vor allem Kaderleute und Spezialisten.

– Klar festgelegt ist der Freistellungsbedarf für die Feuerwehr. Es sind dies 500 Zivilschutz- und 150 Armeeangehörige. Die Freigestellten werden jedoch nicht in die Feuerwehr eingeteilt, sondern separat zusammengezogen und ausgebildet.

– Im Kanton Nidwalden erfolgt beim Zivilschutz eine Bestandesreduktion von 2500 auf 2000 Schutzdienstpflichtige. Die kommunalen Zivilschutzorganisationen werden in ihrer Struktur vereinfacht. Jede Gemeinde (es sind deren elf) behält ihre eigene ZSO als Einsatzmittel der kommunalen Behörden für Katastrophenfälle.

– Für den Katastrophen- und Nothilfefall auf kommunaler Ebene werden Pikettgruppen gebildet. Auf Rettungszüge wird verzichtet. Es gilt der Grundsatz «klein und effizient». Zur Ausbildung wird die Pikettgruppe mehrmals pro Jahr während zwei bis drei Stunden aufgeboten. Damit ergibt sich eine Analogie zur Feuerwehrausbildung. Die Pikettgruppe wird der SMT-Anlage angeschlossen und vom Feuerwehrkommandanten aufgeboten. Im Einsatz erfolgt die Führung durch den Pikettchef. Die Regionalisierung wird abgedeckt, indem der Feuerwehrkommandant Piketts von Nachbargemeinden aufbieten kann, wie das bei der Feuerwehr auch der Fall ist.

– Der Kulturgüterschutz wird vollständig in den Zivilschutz integriert. Die kantonale Geschäftsstelle für KGS erstellt bis Ende 1994 ein kantonales Konzept zur Sicherstellung des Schutzes von Kulturgütern bei bewaffneten Konflikten auf der Basis der bestehenden Rechtsgrundlagen.

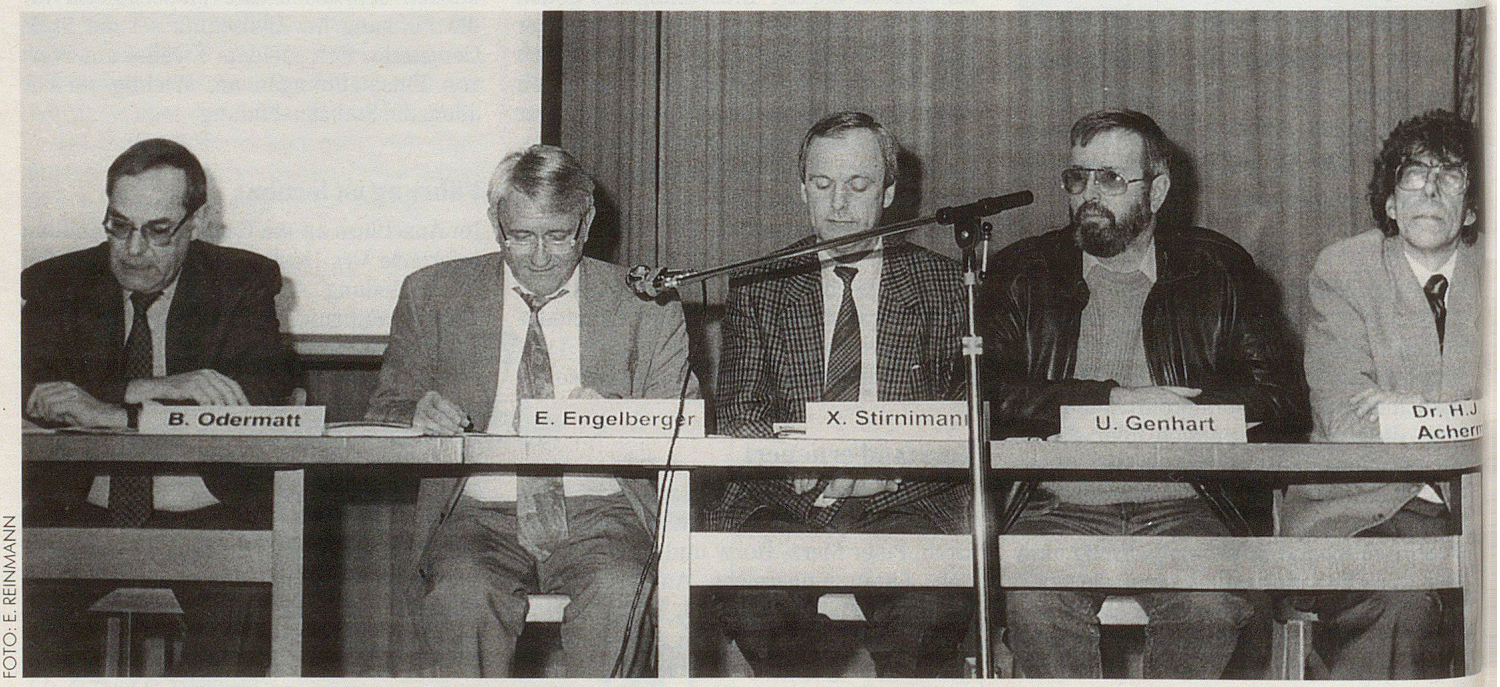


FOTO: E. REINMANN

An einem Tisch vereint. Von links: Bernhard Odermatt, Chef des Kantonalen Amtes für Zivilschutz; Landammann Edi Engelberger, Militärdirektor; Xaver Stirnimann, kantonaler Ausbildungschef; Urs Genhart, kantonaler Feuerwehrinspektor; Staatsarchivar Hans Jakob Achermann mit Fachbereich Kulturgüterschutz.

Ein tragfähiges Konzept

Es ist ein ausgeprägtes Merkmal nidwaldnischer Politik, dass einmal gefasste Beschlüsse konsequent und rasch durchgezogen werden. So auch das Konzept Zivilschutz 95. Auf dem Tisch liegt ein vom kantonalen Amt für Zivilschutz erarbeitetes Konzeptpapier, das alle Zielsetzungen definiert und alle notwendigen Massnahmen ab dem 1. Januar 1994 regelt. Andere Kantone haben sich bereits dafür interessiert, da es als Ganzes oder in Teilbereichen mit den entsprechenden Anpassungen durchaus übertragbar ist. Zivilschutzverantwortlichen dient es als Leitplanke und Orientierungshilfe, haben sie damit doch ein Hilfsmittel zur Hand, das keine Fragen offen lässt.

Kommentar

Die Nidwaldner dürfen stolz sein auf ihr rasches Handeln und ihr ausgereiftes Konzept, das nur deshalb zustande kam, weil sich alle interessierten Kreise an einen Tisch setzten und unter Hintenanstellung der eigenen Wünsche die beste Lösung erarbeiteten. Aber dieses Kompliment muss ihnen ein «Aussenstehender» aussprechen. Für die Nidwaldner selbst ist dieser Stil eher die Norm. Ein Blick zurück in die Entwicklungsgeschichte dieses kleinen Bergkantons mit heute 34000 Einwohner mag dies aufzeigen. In den dreissiger Jahren setzten die Nidwaldner allen äusseren Widerständen zum Trotz auf die Eigenversorgung mit elektrischer Energie und bauten den Bannalp-Stausee. In den fünfziger Jahren sprachen sie sich für eine gute Verkehrserschliessung aus, und zwar sowohl auf der Schiene als auch auf der Strasse. Das erste schweizerische Autobahnteilstück wurde zum grössten Teil auf Nidwaldner Boden gebaut. Anfangs der achtziger Jahre erbrachten der Kanton und die Gemeinden enorme Anstrengungen zur Verbauung der Wildbäche. Investitionen, die sich nun bezahlt machen. Und heute ist Nidwalden jener Kanton, der die Notwendigkeit der sicheren Entsorgung von nuklearen Abfällen anerkennt. Er steht – obwohl die Begeisterung sehr gedämpft ist – nicht nur mit Worten sondern auch mit Taten zu dieser nationalen Sache. Weitblick und der Sinn für das Ganze zeichnen die Nidwaldner aus. Darauf dürfen sie wirklich stolz sein.

Eduard Reinmann

SCHAFFHAUSEN

Zivilschutzverband des Kantons Schaffhausen in der Nationalen Alarmzentrale

Die Alarmierung erfolgt von Zürich aus

Die Nationale Alarmzentrale (NAZ) warnt die Behörden bei Schadenereignissen mit erhöhter Radioaktivität. Seit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl ist das schweizerische Messnetz erheblich ausgebaut worden. Moderne Kommunikationseinrichtungen gestatten eine rasche Verbreitung der Warnungen.

MARTIN KNOEPFEL

Am 4. November führte der Zivilschutzverband des Kantons Schaffhausen für seine Mitglieder eine Besichtigung der Nationalen Alarmzentrale (NAZ) in Zürich durch, zu der sich unter der Leitung des Chefs des Amtes für Zivilschutz des Kantons Schaffhausen, Martin Vögeli, 23 Personen einfanden. Dabei rief Vögeli dazu auf, der Bevölkerung die Anlagen des Zivilschutzes zu zeigen, weil das die beste Form von Public Relation sei. (Die NAZ ist allerdings keine Zivilschutzanlage, obwohl sie ebenfalls dem Schutz der Bevölkerung dient.) Geführt wurde die Gruppe vom Chef der NAZ, Hansjürg Knaus.

Die NAZ befindet sich seit 1984 in einer geschützten Anlage auf dem Areal der Schweiz. Meteorologischen Anstalt (SMA) in Zürich; die Nähe zur SMA weist natürliche grosse Vorteile auf, weil ja die Radioaktivität durch die Luft übertragen wird und deshalb die Wetterentwicklung nach einem Ereignis ausschlaggebend dafür ist, welche Gebiete davon betroffen sind. Ein Beispiel dafür war der Unfall von Tschernobyl, bei dem die radioaktive Wolke durch südliche Winde nach Finnland und Schweden getrieben wurde. (Aus diesen beiden Staaten kamen ja auch die ersten Nachrichten über die Katastrophe, während sich die sowjetische Führung erst später bequemte, zuzugeben, dass etwas passiert war.) Dass in unserem Land vor allem das Tessin und die Ostschweiz vom radioaktiven Niederschlag betroffen waren, war auf den mehrere Tage dauernden Austritt von Radioaktivität und den Wechsel der Windrichtung sowie auf starke Regenfälle in diesen beiden Gebieten zurückzuführen.

Vorläufer der NAZ war der Alarmausschuss der Kommission zur Überwachung der Radioaktivität (KUER). Die KUER ihrerseits besteht seit 1956; den Anlass zu ihrer Gründung bildete der radioaktive Niederschlag der damals noch in der Atmosphäre durchgeführten Kernwaffentests.

Rund um die Uhr auf Pikett

Die NAZ untersteht dem EDI und zählt 18 Mitarbeiter. Eine Pikettorganisation stellt sicher, dass sie an 365 Tagen im Jahr rund um die Uhr erreichbar ist. Falls ein Ereignis die personelle Kapazität der NAZ überfordert, kann der Armeestabsteil NAZ aufgeboten werden, der innerhalb von 4 bis 6 Stunden in Zürich eintreffen kann. Zudem wird die NAZ in der Vorbereitung durch die Eidg. Kommission für AC-Schutz mit ihren etwa 100 Experten unterstützt. Die NAZ führt jährlich 4 bis 6 kleinere Übungen und alle zwei Jahre eine grosse Übung unter der Leitung des Präsidenten der Eidg. Kommission für AC-Schutz durch; im nächsten Jahr werden ein Kernkraftwerk, der betreffende Standortkanton bzw. dessen Führungsstab, der Leitungsausschuss Radioaktivität und die Bundeskanzlei einbezogen. Bisher verzeichnete die NAZ nur einen einzigen Ernsteinsatz; wegen der schon erwähnten Katastrophe von Tschernobyl. In der Folge wurde übrigens das Netz der Messstationen nicht nur in der Schweiz erheblich ausgebaut; so geht in Deutschland Ende 1993 ein aus 2150 Stationen bestehendes Netz in Betrieb. Der automatisierte Austausch der Daten dürfte allerdings noch 2 bis 3 Jahre auf sich warten lassen. Hingegen arbeitet man in anderen Bereichen schon mit ausländischen Stellen zusammen; so wurde in Zusammenarbeit mit dem französischen Wetterdienst anhand eines dort verfügbaren Computerprogramms errechnet, dass nur an etwa zwanzig Tagen im Jahr genügend starker Ostwind weht, dass Radioaktivität aus dem slowakischen Atomkraftwerk Bohunice bis in die Schweiz gelangen könnte. Bei der Erstellung einer Chemiedatenbank arbeitet die NAZ mit den deutschen Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Hessen zusammen. Die Datenbank enthält rund 380000 Merkmale von 15000 gefährlichen und umweltrelevanten Stoffen und steht den Fachstellen des Bundes, der Kantone und der Industrie zur Verfügung.

Aufgabe der NAZ ist Schutz der Bevölkerung

Die Aufgabe der NAZ besteht darin, im Ereignisfall Informationen über Austritte

von Radioaktivität, Chemieunfälle, Überflutungen als Folge von Staudammbrüchen und über Satellitenabstürze zu beschaffen, diese Nachrichten zu überprüfen und zu bewerten und schliesslich zuhanden der Behörden Prognosen über die Auswirkungen eines solchen Ereignisses auf unser Land zu machen. Bei Chemieunfällen und Überflutungsgefahr unterstützt die NAZ mit ihren Informationen die Kantone, während bei radioaktiven Ereignissen und Satellitenabstürzen der Bund zuständig ist. Ziel der NAZ ist es natürlich, die Bevölkerung durch frühzeitige Information der Behörden, rechtzeitige Alarmierung und durch Anordnung von Verhaltensmassnahmen so gut als möglich zu schützen. Allerdings ist die NAZ bei dieser Aufgabe auf die Zusammenarbeit mit den Kantonen angewiesen, so bei der Weitergabe eines Alarms. Weil Alarmierungen unter Umständen grosse volkswirtschaftliche Konsequenzen haben, entscheidet nicht die NAZ, sondern der Leitungsausschuss Radioaktivität, der vom Generalsekretär des EDI präsidiert wird.

Dichtes Netz von Messstationen...

Die Schweiz verfügt heute über ein ziemlich dichtes Messnetz für Radioaktivität: insgesamt 58 Messstationen ermitteln die Dosisleistung; die Resultate werden übrigens im Bulletin des Bundesamts für Gesundheit und im Teletext veröffentlicht. In Zusammenarbeit mit den Kantonspolizei-, den Feuerwehr- und den Grenzwachtkorps können insgesamt 107 Atomwarnposten in Betrieb genommen werden, die die Radioaktivität der Umgebung messen. Weiter verfügt die NAZ über mobile Mittel, die sich zum Beispiel in Helikopter des Typs Super-Puma einbauen lassen. Schliesslich kann sie mit den Speziallabors des Bundes zusammenarbeiten. Die NAZ ist eine geschützte Anlage und wurde anlässlich der Gesamtverteidigungsübung 1984 in Betrieb genommen. Herzstück der NAZ ist der Operationsraum. Zudem kann die NAZ bei einem Schutzraumbezug autonom betrieben werden.

... moderne Übermittlungseinrichtungen

Natürlich verfügt die NAZ auch über moderne und leistungsfähige Übermittlungseinrichtungen. Mit dem EDI bestehen direkte Verbindungen. Daneben verfügt die NAZ über normale Übermittlungsgeräte wie Telefone für Chiffrierte und unverschlüsselte Meldungen, über Telex, über Aufzeichnungsgeräte und über ein «Vulpus» genanntes Electronic-Mailing-System. Ferner existieren Verbindungen zwischen der NAZ und dem EMD, den Speziallabors des Bundes, den militärischen Labors, allen Kantonspolizeikorps, den Messleitstellen, den Standortkantonen der Kernkraftwerke, der HSK, dem Hauptsitz der IAEA in Wien und den IAEA-Vertretungen in allen Nachbarstaaten, der französischen «NAZ», den Präfekturen der an die Schweiz angrenzenden französischen Departemente und dem deutschen Regierungsbezirk Freiburg im Breisgau. Weiter verfügt die NAZ über Verbindungen im Fernmeldenetz des Armeekommandos und über eine Empfangsmöglichkeit für Wetterkarten. Der Nachrichtenoffizier kann an seinem Arbeitsplatz zudem ausländische Fernsehsender empfangen; für den Fall, dass das Zürcher Kabelnetz aussteigt, ist eine Satellitenempfangsstation vorhanden. Schliesslich verfügt die NAZ über die Möglichkeit, über die SRG Verhaltensanweisungen zu verbreiten.

ZÜRICH

Neuerungen im Sanitätsdienst der ZSO

Ein jedes Ding an seinem Ort ...

Auch im Sanitätsdienst des Zivilschutzes ist Sauberkeit oberstes Gebot. Beim Schutzraumbezug chronischkranker oder verwirrter Menschen existieren besondere Probleme.

MARTIN KNOEPFEL

Anfangs Dezember organisierte die Fachgruppe San/Betreu D des ZSVKZ in Winterthur einen recht gut besuchten Instruktionsabend, der aktuellen Problemen des Sanitätsdienstes sowie der Vorinformation im Hinblick auf die neue Schrankordnung in den Sanitätshilfsstellen im Kanton Zürich gewidmet war. Die Schrankordnung, die allerdings vom Kantonalen Amt für Zivilschutz noch nicht abgesegnet ist, soll eine betrieblich sinnvolle und kantonsweit einheitliche Lagerung des Materials bringen. Geleitet wurde der Anlass von der Chefin der Fachgruppe, Vreni Reh. Insgesamt waren vier Posten aufgebaut worden, an denen die Schrankordnung, die Sterilisation, das im Operationssaal verwendete Material und die Reanimation sowie Probleme im Zusammenhang mit ambulanten Injektionen behandelt wurden.

FOTO: M. KNOEPFEL

Vreni Reh, Chefin der Fachgruppe San/Betreu D.

Hygiene und Sauberkeit

Margot Baumberger, die den Posten «Ambulante Injektionen» betreute, instruierte die sachgemässe Vorbereitung von Injektionen und Infusionen und wies dabei besonders auf die Notwendigkeit hin, sauber zu arbeiten, damit nicht etwa Keime durch die Injektion oder Infusion übertragen werden. Silvia Kohler demonstrierte die Sterilisation von Operationsinstrumenten und Wäsche mittels Dampfsterilisator und Autoklav und zeigte, wie Operationsinstrumente nach der Sterilisation eingepackt werden müssen, damit bei der Öffnung des Behälters keine Verschmutzung eintritt. Der Rettungssanitäter Christoph Schlittner illustrierte mit Dias verschiedener schwerer Unfälle die Vielfalt des Patientenguts, dem man sich bei derartigen Ereignissen gegenüber sieht und betonte, dass auch im tiefsten Frieden die Triage Verletzter nötig sein kann. Weiter wies er darauf hin, dass man in der Katastrophenmedizin immer davon ausgehen müsse, dass offene Wunden auch verschmutzt seien und deshalb von selber zuheilen müssten. Gertrud Vontobel, die den Posten Schrankordnung betreute, wies darauf hin, dass es empfehlenswert ist, in den San Hist Übungsschränke einzurichten, damit man realitätsnah üben kann, ohne die Ordnung in den übrigen Schränken zu beeinträchtigen. Ferner sprach sie die praktischen Probleme an, welche entstehen, wenn chronischkranke oder verwirrte Menschen einen Schutzraum beziehen sollten; diese Menschen kann man nicht in einem gewöhnlichen Schutzraum unterbringen, und die San Hist müssen für Akutpatienten reserviert bleiben. Nach Ansicht von Gertrud Vontobel stellt hier das Konzept des Schutzraumes mit Betreuung eine praktikable Lösung dar.